In Köln reichlich Gelegenheit zum Informations-Austausch

18.01.2016

(Euskirchen) Was machen Vertreter des Seniorenverbandes, wenn sie aufeinandertreffen? Sie blicken zurück, erinnern sich und tauschen Erfahrungen aus, sprechen über Aufgaben und das Vorgehen im Einsatz für die älteren Menschen. Reichlich Gelegenheit dazu hatten die BRH-Vertreter auf der 57. Jahrestagung des DBB Beamtenbundes im Januar 2016 in Köln. Man diskutierte am Rande des Geschehens über die aktuellen Anforderungen vor Ort und schaute im Gespräch mit befreundeten Gewerkschaftsvertretern auch über den Tellerrand.

Natürlich war auch diese Jahrestagung der großen Politik auf Bundes- uns Landesebene vorbehalten. Der zweite Vorsitzende des DBB, Willi Russ, hatte in Stellvertretung für den erkrankten Klaus Dauderstädt sich von Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Zusage gewünscht, dass in Zukunft im Öffentlichen Dienst mehr Personal eingestellt wird. Der Bundesinnenminister hatte den Menschen innerhalb und außerhalb des Öffentlichen Dienstes darob dafür gedankt, dass sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung „solidarisch und beherzt Verantwortung übernommen haben und manches Mal über sich hinausgewachsen sind“. Zudem habe die Flüchtlingskrise gezeigt, wie notwendig ein guter Öffentlicher Dienst ist. „Wie im Zentrum eines Sturms, den keiner hat kommen sehen, habe man gestanden. Jetzt sei wohl der Orkan da!“

Das BRH-Team traf sich mit Alt-DBB-Bundesvors. und selbst BRH-Mitglied Werner Hagedorn (4. von re) auf der DBB-Jahrestagung in Köln: Carl Schlesinger, Günter Büchler, Ewald Prinz, Klaus Reimer, Udo Kock, Martin Endeler, Gert Schott, Hans Burggraf (v.l.)

Derweil zeigten sich nicht nur die BRH-Vertreter erstaunt darüber, mit welcher Selbstverständlichkeit zurzeit öffentlich nach noch mehr Arbeitskräften gefragt werden darf. Die bekannten Glaskugel-Gucker von früher, die permanent dank der „stets teuren Beamten“ gerne vom Untergang sprachen, sind allesamt verstummt.

Hatte doch der Finanzminister Norbert Walter-Borjans nach einem deutlichen Bekenntnis für das sich in „heißester Jahreszeit“ befindende rheinische Köln berichtet, in Nordrhein-Westfalen seien rund 4.700 neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen worden.

Zudem, das notierte der BRH, wurden die Hinzuverdienstgrenze pensionierter Beamter befristet ausgesetzt, um eine Reaktivierung von Beamten in der Flüchtlingshilfe zu vereinfachen. Ob DBB Landesvorsitzender NRW Roland Staude derweil die in Köln erhoffte Antwort auf seine Frage, wie es mit dem Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen weitergehe, erhalten hat, wurde nicht bekannt.

Zur Nachrichtenübersicht